

Stellungnahme des Grimselvereins zum Rückzug von Aqua Viva aus der Beschwerde Trift

Die Organisation Aqua Viva zieht sich aus dem Beschwerdeverfahren zum Kraftwerkprojekt Trift zurück. Der Grimselverein ist über diesen Rückzug enttäuscht und hält an seiner Beschwerde fest.

Noch grösser als die Enttäuschung ist jedoch die Irritation über die Machtdemonstration und den Druck aus dem Bundesparlament, welche diesen Rückzug provoziert haben. Das Bundesparlament und Energieminister Albert Rösti wollen den zerstörerischen Ausbau der Wasserkraft um jeden Preis durchziehen und treiben die Umweltorganisationen nach Belieben vor sich her. Rechtsstaatliche Verfahren stehen ihnen dabei im Weg. Sie brechen deshalb Versprechen, die sie vor knapp einem Jahr im Rahmen der Stromgesetzabstimmung noch gemacht haben: "Die Beschwerdemöglichkeiten von Verbänden bleiben bestehen" (Abstimmungsbüchlein Stromgesetz). Sie haben offenbar Angst vor Gerichtsentscheiden zur Interessenabwägung zwischen Stromerzeugung und Naturschutz – und hebeln die Rechtsmittel der Zivilgesellschaft nun aus.

Es wird repetitiv behauptet, "das Volk" habe die 16 Wasserkraftprojekte und damit auch das geplante Kraftwerk Trift "abgesegnet". Das stimmt in keiner Weise. Die Abstimmungsunterlagen enthielten keine detaillierten Informationen zu den Projekten (diese existieren ja bis jetzt grösstenteils lediglich als Projektskizzen). Die Stimmbevölkerung war weder befähigt noch legitimiert, Projekte abzusegnen. Und gerade Umweltschutzkreise haben dem Stromgesetz nur zähneknirschend zugestimmt, eben mit der Zusicherung der fortwährenden Beschwerdemöglichkeiten.

Warum das Parlament derart verbissen für diese Wasserkraftprojekte kämpft, bleibt schleierhaft. Der Zubau von 2 TWh Speicherkapazität löst in keiner Weise die Probleme bei der Energieversorgung oder beim Klimaschutz. Dafür gibt es vielversprechende Ansätze mit weitaus grösserem Potenzial: Ausbau der Photovoltaik, neue Speichertechnologien und Energiesparmassnahmen. Aber ja, Wasserkraftprojekte sind Bauprojekte, die insgesamt Milliarden von Franken in die Kassen der Bauindustrie, der grossen Stromkonzerne und der Gebirgskantone spülen. Deshalb ist das, was das Parlament aktuell macht, auch keine Energiepolitik, sondern schlicht Industriepolitik.

Der Grimselverein hält an der verwaltungsgerichtlichen Beschwerde gegen die Konzessionerteilung für das projektierte Kraftwerk Trift fest. Er ist der Ansicht, dass das Interesse an der Erhaltung der unberührten Landschaft und der Naturräume im Triftgebiet im bisherigen Bewilligungsverfahren zu wenig gewürdigt wurde. Dieses Verfahren wurde bisher einseitig vom Kanton Bern durchgeführt, der gleichzeitig als Aktionär Teil der Bauherrschaft ist. Sowohl im Richtplanverfahren wie im Konzessionsbeschluss stützt der Kanton sich weitgehend auf Aussagen des Runden Tischs Wasserkraft, die nachweislich auf lückenhaften oder ungenauen Datengrundlagen beruhen. Auch die politische Unterstützung des Trift-Projekts basiert leider auf mangelndem bis inexistentem Sachverständnis, was die Situation in der Trift anbelangt.

Der Grimselverein hat sich intensiv mit dem Triftgebiet auseinandergesetzt. Zusammen mit Aqua Viva liess er mehrere Gutachten verfassen, welche die landschaftlichen und ökologischen Werte untersuchten. Dabei stechen insbesondere hervor: die weitgehend unberührte Landschaft mit Wildnischarakter, das junge Gletschervorfeld mit wertvollen Auenbereichen und die Fliessgewässer, die Lebensraum für zahlreiche seltene und gefährdete Insektenarten bilden. Die Gutachten kommen zum Schluss, dass die Eingriffe und Schäden durch das Kraftwerkprojekt gravierend wären und nicht durch Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen kompensiert werden könnten.

Die letzten Reste wilder Landschaft, wie sie in der Trift zu finden sind, müssen für die Nachwelt erhalten bleiben.

(Ende Juli 2025)